



## **Befragung der Landtagskandidaten des Wahlkreises FFB-Ost, Landtagswahl 2018, durch die Vereine BUND Naturschutz in Bayern e.V., Kreisgruppe Fürstentfeldbruck und das Nord-Süd-Forum**

Bitte in den Antworten immer den konkreten Bezug zum Landkreis Fürstentfeldbruck berücksichtigen.

Martin Runge, 01.10.2018

### **Eine-Welt-Politik**

Kennen Sie die Bayerischen SDGs (Sept. 2015) und die entwicklungspolitischen Leitsätze des bayerischen Landtages (Feb. 2016)? Halten Sie diese für relevant? In welcher Weise sollten diese Ihrer Ansicht nach umgesetzt werden?

Selbstverständlich kenne ich (u.a. als langjähriges Mitglied im Eine-Welt-Netzwerk Bayern) a) die entwicklungspolitischen Leitsätze des Bayerischen Landtags und auch b) die Bayerischen „Sustainable Development Goals (SDGs)“. Die Zielformulierungen und die daraus abgeleiteten Prinzipien in a) sind prima. Sie wären relevant, ja von größter Wichtigkeit bei Entscheidungen in nahezu allen Politikfeldern, schließlich wird als eines der Prinzipien ja auch die *Kohärenz* benannt. Tatsächlich hapert es jedoch gewaltig bei der Umsetzung der Prinzipien bei Entscheidungen von Staatsregierung und Landtagsmehrheit. Genannt seien hier exemplarisch die *Nachhaltigkeit* und die *Transparenz*. Die Bayerischen SDGs sind hervorragende Handreichung und Handlungsanleitung für politische Entscheidungsträger auf allen Ebenen, aber auch für Akteure in unserer Wirtschaft im Einsatz für ein Mehr an Einer-Welt-Gerechtigkeit. Zur besseren Umsetzung gilt es Entscheidungen in Politik und Wirtschaft an den Inhalten der entwicklungspolitischen Leitsätze des Bayerischen Landtags wie auch der Bayerischen SDGs zu messen.

Zur weiteren kurzen Beantwortung der Fragen 1 und 2 meine einschlägigen Formulierungen für unser Programm zu letzten Landtagwahl sowie der Verweis auf den angehängten Artikel in einem der Handbücher des Eine-Welt-Netzwerkes:

## **Globalisierung gerecht gestalten – nachhaltige Entwicklung und „Nord-Süd-Ausgleich“ als Ziele GRÜNER Politik**

(Auszug aus Martin Runge 11/2012, GRÜNE Wirtschaftspolitik in und für Bayern – Ziele und Prinzipien GRÜNER Wirtschaftspolitik, S. 17 f., Entwurf für das Programm zur Landtagswahl 2013)

Globalisierung, das heißt der zunehmende Austausch von Waren, Finanzen und Arbeitskräften über Grenzen und über weite Entfernungen hinweg, das zunehmende Volumen an Direktinvestitionen, also von Investitionen von Unternehmen im Ausland, ist nicht gott- oder naturgegeben, ist kein selbstverständliches Phänomen. Nein: schon die „Entfernungsschrumpfung“ über bessere und immer preisgünstigere Kommunikation und billige, ja künstlich verbilligte Transporte sind von der Politik beeinflusst. Vor allem aber politisch gewollt und verursacht sind Abbau und Wegfall von Handelsschranken. Ebenso wenig naturgegeben wie die Globalisierung an sich ist auch die mit der Globalisierung einhergehende Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich, wie sie von Weltregion zu Weltregion, aber auch innerhalb von Regionen und Ländern zu beobachten ist. Hier muss die Politik gegensteuern. Sie muss versuchen, die Zahl der Globalisierungsverlierer gering zu halten und diesen zu helfen, und sie muss dagegen halten, dass Umwelt- und Sozialstandards über einen Wettlauf nach unten immer mehr Not leiden. Es ist Aufgabe des Staates, dafür Sorge zu tragen, dass die Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wie das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit oder das Recht auf Vereinigungsfreiheit auch eingehalten werden. Das gleiche gilt für die Einhaltung der zahlreichen multilateralen Umweltabkommen. Internationale Handelsabkommen müssen keineswegs zwangsläufig so ausgestaltet sein, dass sie primär den reicheren Ländern und hier vor allem den Großunternehmen nutzen. Wir plädieren für disparitätische Marktöffnung und für eine Abkehr von der Propaganda von Liberalisierung und Privatisierung als Allheilmittel. Viel zu oft zerschlägt die durch Handelsabkommen oder durch Konditionen von Weltbank oder Internationalem Währungsfonds (IWF) erzwungene Marktöffnung in weniger entwickelten Ländern mühsam aufgebaute Wirtschaftsstrukturen, viel zu oft wird Kleinbauern die Existenz genommen.

Im Bayerischen Landtag sind Entwicklungszusammenarbeit und Eine-Welt-Politik immer noch zu sehr Randthemen. Von daher gilt es mit Nachdruck daran zu arbeiten, dass diese Themen stärker wahrgenommen und gesetzt werden. In vielen Teilen der Erde ist eine Verschärfung ökologischer und sozialer Krisen zu verzeichnen, kommt es zur Zunahme innerstaatlicher Kriege und Konflikte. Ungleichgewichte sowohl zwischen als auch innerhalb von Staaten vertiefen sich. Wachsende Armut, soziale Disparitäten, finanzielle Instabilität, regionale und globale Umweltkrisen, allen voran der Klimawandel mit seinen drohenden schlimmen Folgen, sind zentrale Herausforderungen. Letzterer trifft mit seinen gravierenden Auswirkungen insbesondere ärmere Länder und die Menschen in diesen Ländern als erste existenziell, also solche Länder und solche Menschen, die weit unterproportional am Ausstoß klimaschädlicher Gase beteiligt waren und sind.

Eine-Welt-Politik in Bayern bedeutet, dass politische Entscheidungen bei uns im Maßstab der globalen Verantwortung und im Sinne von Nachhaltigkeit getroffen werden. Maßnahmen in Bayern wie die Integration von AusländerInnen und MigrantInnen, die Einbeziehung des

Themas „Eine Welt“ in die Schulbildung und generell eine breitere Bewusstseinsbildung für globale Zusammenhänge und Probleme müssen einen größeren Stellenwert bekommen. Auch kann es in unseren Augen nicht angehen, dass für die Staatsregierung wesentliche Zielsetzung in der Entwicklungszusammenarbeit die „Liberalisierung des Welthandels“ ist und dass bayerische Außenwirtschaftspolitik vor allem der Förderung bayerischer Unternehmen dienen soll. Was das Thema Klimaschutz, also Maßnahmen zur Verringerung des Ausstoßes klimaschädlicher Gase und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels anbelangt, so sind auch wir hier in Bayern massiv gefordert, die ärmeren Länder hierbei zu unterstützen. Konsequenz für uns muss aber auch sein, mehr Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es bei uns wie in allen entwickelten Industrie-/Dienstleistungsgesellschaften anderer Konsum- und Produktionsmuster bedarf, wird wirklich das Ziel einer „nachhaltigen Entwicklung“ angestrebt.

**Bayern – Eine Welt Politik: Welches sind Ihrer Meinung nach die drei wichtigsten Handlungsfelder und wie würden Sie sich dafür einsetzen?**

Meiner Meinung nach sind das die Bereiche Klimaschutz, Handels- und Bildungspolitik. Der allgemeine Klimaschutz und die Auswirkungen der Entscheidung auf das Klima müssen bei Entscheidungen zur Verkehrs-, Energie- und Landwirtschaftspolitik eine entscheidende Rolle spielen. Die Auswirkungen müssen dargestellt, diskutiert und bewertet werden. In der Landwirtschafts- und Handelspolitik müssen Exportförderungen überdacht werden. Nachhaltiges und umweltbewusstes Handeln muss auch hier im Vordergrund stehen. Die Förderungen müssen auf langfristige Projekte ausgerichtet sein. Außerdem sollten Biodiversität und Produktvielfalt eine mitentscheidende Rolle spielen. Schon in der frühkindlichen Bildung kann großer Einfluss genommen werden. Deshalb müssen Themen wie Nachhaltigkeit, Regionalität und Globalisierung schon früh in unserem Bildungssystem behandelt und von allen Seiten besprochen werden. Die Auswirkungen des eigenen Handelns können so vermittelt werden. Unsere Bildungspolitik darf sich jedoch nicht auf Bayern beschränken, wir müssen unser Wissen teilen und ärmeren Ländern zur Verfügung stellen.

Als Landtagsabgeordneter setze ich mich über Anträge und Anfragen ein. Meine Meinung äußere ich in zahlreichen Veröffentlichungen. Außerdem halte ich Vorträge zu den aus meiner Sicht wichtigen Themen.

Allgemein müssen wir Entscheidungen so treffen, dass auch die nächsten Generationen die Welt genießen können.

Handlungsfelder: Klimaschutz, also z.B. bei Entscheidungen zur Verkehrspolitik, zur Energiepolitik und zur Landwirtschaftspolitik. Landwirtschaftspolitik/Handelspolitik, Stichwort: Exportförderung. Bildungspolitik.

Einsatz: über Anträge/Anfragen, Vorträge, Veröffentlichungen.

Zur Eine-Welt-Politik gehört der Umgang mit Menschen aus anderen Ländern und denen, die in Bayern Sicherheit und Perspektiven suchen. Wie beurteilen Sie die bayerische Flüchtlingspolitik?

Die Politik von Staatsregierung und (aktueller) Landtagsmehrheit im Kontext mit dem Themenfeld Flucht/Fluchtursachen/Flüchtlinge und den Umgang mit geflüchteten Menschen halte ich für falsch und für schäbig. Hier wird mit Wort („Asyltourismus“ ...) und Tat (Massenunterkünfte, Ankerzentren, Abschiebeflüge ...) im Wesentlichen auf Abschreckung und auch auf Wählergewinnung im rechten Lager gesetzt. Stimmungsmache, Verunsicherung und Spaltung sind ein Ausschnitt der Folgen. Die Handlungsweisen in den Ausländerämtern auf Kreisebene (diese Ämter gehören zu den staatlichen Landratsämtern) weichen sehr stark voneinander ab. Bedauerlicherweise verfolgt das LRA FFB eine sehr restriktive Linie, was beispielsweise die Erteilung von Beschäftigungserlaubnissen und auch Entscheidungen über die Aufnahme einer qualifizierten Berufsausbildung für Flüchtlinge betrifft.

Erfreulich ist dagegen der Umgang eines großen Teils der Bevölkerung in Bayern mit geflüchteten Menschen. Dies gilt vor allem für die große Zahl der Flüchtlingshelfer, auch derjenigen bei uns im Landkreis.

### **Artenvielfalt**

Welche Gesetzesinitiativen könnten Ihrer Meinung nach unser Ökosystem stützen?

Z.B. unsere aktuelle Gesetzesinitiative „Gesetz zum Artenschutz in Bayern – Bayerisches Artenschutzgesetz“ (LT-Drs. 17/23106), welche diesen Donnerstag (20.09.2018) bei uns im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen behandelt wird. In diesem Gesetzesentwurf haben wir zahlreiche unserer Forderungen zum Schutz von Ökosystemen und zum Erhalt von Biodiversität zusammengetragen. Es handelt sich um ein Artikelgesetz mit welchen wir beispielsweise einschlägige Änderungen im Bayerischen Naturschutzgesetz, im Bayerischen Wassergesetz, im Bayerischen Waldgesetz, im Landesplanungsgesetz und im Bayerischen Agrarwirtschaftsgesetz herbeiführen wollen.

Der Artenschwund geht massiv voran. Wie wollen Sie dieser Entwicklung entgegensteuern?

Z.B. über bessere Regelungen zum Freihalten von Uferstrandstreifen und zur Einschränkung von Grünlandumbruch, über den Ausbau des Biotopverbundes, über das Verbot von Pestiziden in Naturschutzgebieten, Natura-2000-Gebieten, Kern- und Pflegezonen von Biosphärengebieten etc. und stringentere Kontrolle der Einhaltung des Verbotes, über den Erhalt artenreicher Baumreihen an Staatsstraßen ...

## **Flächenmanagement**

Dürfen Ihrer Meinung nach Naturschutzflächen in Gewerbegebiete umgewandelt werden?

Nein!

Nach der ersten Stufe des Volksbegehrens der Grünen in Bayern ist klar, dass die Bevölkerung einen stärkeren Flächenschutz wünscht. Wie werden Sie den Flächenverbrauch regeln?

Bereits im ersten Umweltprogramm der Bundesregierung, also 1970, wurde der übergroße Flächenverbrauch (definiert als Umwandeln von Wäldern, Wiesen und Ackerland in Siedlungs- und Verkehrsflächen) als großes Umweltproblem benannt. Seitdem hat es jedoch im Begrenzen des Flächenfraßes keine Fortschritte gegeben, im Gegenteil.

In keinem anderen Bundesland schreitet das Umwandeln von Wald, Wiesen und Feldern in Siedlungs- und Verkehrsflächen so rasant voran wie in Bayern. Konsequenzen sind neben zunehmender Landschaftsveränderung beispielsweise größere Überschwemmungsgefahr und weniger Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Um hier gegenzusteuern, muss beispielsweise dem Schaffen von Gewerbegebieten in Randlagen oder gar abseits der Ortschaften und dem überbordenden Bau von Ortsumfahrungen ein Riegel vorgeschoben werden. Hier ist insbesondere der Landesgesetzgeber gefordert, über das Schaffen entsprechender Bestimmungen im Landesentwicklungsprogramm und im Landesplanungsgesetz (z.B. Wiedereinführung des Anbindegebots) sowie über andere Prioritäten im Staatsstraßenbau (z.B. mehr Unterhalt, weniger Neubau) und bei der Förderung kommunaler Straßen z.B. Senken der überzogenen Ausbaustandards). Die Kommunen können über entsprechende Schritte in der Bauleitplanung dem Flächenverbrauch entgegenwirken, z.B. indem anreize in den Bebauungsplänen geschaffen werden, etwas mehr in die Höhe statt in die Fläche zu bauen.

## **Energie**

Der Landkreis FFB ist bzgl. Energiewende der drittschlechteste Landkreis in Bayern. Was werden Sie ändern?

Der Fürstfeldbrucker Kreistag hat bereits 2007 (Kreistagssitzung am 7. November 2007) folgenden Beschluss gefasst: „Die Energieversorgung im Landkreis soll bis zum Jahr 2030 auf regenerative Basis gestellt werden.“ Dieser Beschluss deckt sich mit der Zielsetzung des 2001 gegründeten Vereins ZIEL 21, der Landkreis war eines der Gründungsmitglieder, die da lautete: Versorgung des gesamten Landkreises bis zum Jahr 2030 komplett aus erneuerbaren Energiequellen, zu erreichen über schrittweise Senkung des Energieverbrauchs, Erhöhung der Energieeffizienz und Nutzung aller erneuerbarer Energien.

Die aktuelle Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz für den Landkreis zeigt uns jedoch, dass wir weiter weg sind von der Energiewende als zuvor. Zwar konnten beim Stromverbrauch und beim Beheizen von Gebäuden kleinere Erfolge erzielt werden. Dem steht jedoch eine massive Zunahme beim Autoverkehr gegenüber.

Klar ist, dass im Hinblick auf Erfolge bei der Energiewende viel abhängt von den Rahmenbedingungen auf europäischer und auf Bundes- und Landesebene. Aber auch Landkreis und Gemeinden sind gefordert. Wir, die bündnisgrüne Fraktion im Fürstenfeldbrucker Kreistag, haben jüngst einen Katalog an Vorschlägen zum sogenannten Aktionsplan CO<sub>2</sub>- Minderung Landrat Karmasin übermittelt.

Ein landkreisweiter detaillierter Energienutzungsplan soll als Grundlage dienen und Punkte wie Wärmekataster, Nutzungspotentiale für PV und Solarwärme, Sanierungspotentiale und eventuelle Potentiale für oberflächennahe Geothermie beinhalten. Auch eine Einbindung des Bereichs Verkehr wäre sinnvoll. Um eine Umsetzung zu gewährleisten muss der Plan konkrete Maßnahmen enthalten, auch muss der Fortschritt regelmäßig evaluiert werden. Die Energiewende gelingt nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, deshalb müssen wir die Inhalte und Potentiale klar kommunizieren und die Bevölkerung einbinden.

Bestehende Gebäude weisen ein hohes Einsparpotential durch energetische Sanierung auf, hier muss nachhaltig investiert und gezielte Beratung betrieben werden. Insgesamt gilt es die Bildungsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern.

Mit Einrichtung einer Energieagentur des Landkreises Fürstenfeldbruck könnten die aufgezeigten Potentiale genutzt und Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden. Deshalb fordern wir eine Energieagentur, ebenso wie die Auslobung eines Energiesparpreises.

Die Verwaltung muss ihre Vorbildfunktion erfüllen. Erneuerbare Energiequellen müssen konsequent genutzt werden. Öffentliche Gebäude sollten im Passivhausstandard errichtet werden und auch die öffentlichen Bestandsgebäude müssen energetischen Sanierungen unterzogen werden.

Großes Handlungsfeld der Energiewende ist das Thema Verkehr (siehe Frage zu Verkehr).

Der Ausbau der erneuerbaren Energiegewinnung wurde in den letzten Jahren durch Vorschriften der bayerischen Regierung behindert. Werden Sie sich für die Energiewende einsetzen?

Das Gelingen der Energiewende ist uns ein ganz wichtiges Anliegen. Beispielsweise muss die 10-H-Regelung beim Ausbau der Windenergie abgeschafft werden. Die Sonnenenergienutzung auf staatlichen Gebäuden sollte erhöht werden, der Bürokratieaufwand sollte abgebaut und Förderrichtliniensollten klarer verständlich gemacht werden. Nur wenn wir die Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligen und informieren können wir die Energiewende vollziehen. Deshalb muss der Freistaat die Landkreise beim Aufbau von Energieagenturen und damit von Beratung vor Ort unterstützen.

Kommunen und Staat müssen ihrer Vorbild- und Vorreiterfunktion nachkommen, Anstöße geben, Überzeugungsarbeit leisten und auch, da wo möglich und sinnvoll, mit dem Einsatz ökonomischer und ordnungsrechtlicher Instrumente steuern.

Wir erteilen einer 3. Startbahn für den Münchner Flughafen eine Absage und wollen die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs deutlich ausbauen. Die Energiewende ist komplex und wir können und müssen an vielen Stellschrauben drehen.

### **Klimaschutz**

Welche Möglichkeiten sehen Sie, den dringend erforderlichen Klimaschutz voranzutreiben und welche gesetzlichen Maßnahmen würden Sie befürworten, z.B. eine mögliche Kerosinsteuer oder ein Fahrverbot von SUVs in belasteten Orten?

Aktuell setzen wir uns für ein Bayerisches Klimaschutzgesetz ein - die aktuelle Gesetzesinitiative „Gesetz zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel im Freistaat Bayern - Bayerisches Klimagesetz (Drs. 17/21585). Dieser Gesetzentwurf, der beinhaltet klar definierte Zielsetzungen und Vorgaben enthält, wurde in den letzten beiden Wochen im Landtagsplenum und in den Ausschüssen behandelt, leider aber von der CSU-Mehrheit abgelehnt.

Um im Klimaschutz voranzukommen, brauchen wir schleunigst eine wirkliche Energie- und Verkehrswende. Ausreden und Ausflüchte wie den Verweis auf den großen Energieverbrauch und den hohen Schadstoffausstoß in Ländern wie Indien und China dürfen wir dabei nicht gelten lassen. Deutschland und Bayern sind hochentwickelt und wohlhabend, es gilt der Vorbild- und der Vorreiterfunktion nachzukommen. Auch ist unser ökologischer Rucksack weit praller gefüllt, als der von Menschen in fast allen anderen Ländern.

Die Zielsetzung unserer aktuellen Gesetzes-Initiative ist klar beschrieben, nämlich eine Halbierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2030. In einem „Landesklimaschutzkonzept“ sollen Zwischenziele festgelegt und messbare Ziele in einzelnen Sektoren klar ausgewiesen werden. Die Landes- und die Regionalplanung sehen wir hier als wichtige Instrumente. Auch der Aufbau und die Förderung von kommunalen Klimaschutzkonzepten sind wichtig, wir wollen, dass in allen größeren Kommunen partizipativ erarbeitete Konzepte erstellt und umgesetzt werden.

Klimaanpassungsstrategien sollten Sofortmaßnahmen für die Bereiche Gesundheit, Hitzebelastung in Städten, Hochwasser, Land- und Forstwirtschaft beinhalten.

Das Ende der Steuerfreiheit von Kerosin ist lange überfällig. Sie ist weder ökologisch noch wettbewerbspolitisch akzeptabel und führt zu erheblichen Steuerausfällen. Deutschland sollte hier europaweit vorangehen und die Steuerfreiheit von Kerosin abschaffen. Das wäre auch ein Beitrag für mehr Wettbewerbsfairness zwischen Flugverkehr und Bahn. Letztere zahlt sowohl Energiesteuern als auch die volle Mehrwertsteuer auf Tickets im Fernverkehr. Dagegen ist der Luftverkehr von Energiesteuern befreit und die Tickets für Auslandsflüge

sind von der Mehrwertsteuer ausgenommen. SUVs und andere „übermotorisierte“ und/oder „überdimensionierte“ Kraftfahrzeuge sollten mit höheren Steuern belegt werden.

## **Landwirtschaft**

Wie soll sich die Landwirtschaft entwickeln, damit die Verbraucher sicher und ihren Wünschen gemäß versorgt werden können?

Bis 2025 sollten mindestens 30 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Bayern ökologisch bewirtschaftet werden. Überall dort, wo Bayern Gestaltungsspielraum hat, werden wir ihn für einen Umbau der Landwirtschaft hin zu mehr Bio nutzen. Dafür wollen wir die Gelder für Förderung und Forschung deutlich aufstocken. In der Aus- und Fortbildung von Landwirten muss der Ökolandbau als vollwertige Alternative zur konventionellen Landwirtschaft verankert werden. Und es geht weiter bei einer kompetenten Beratung durch personell entsprechend ausgestattete Behörden sowie einem staatlichen Öko-Agrarmarketing.

Befürworten Sie die Anbindung des Tierbestandes an die verfügbare Fläche und damit eine Reduktion des Imports von Futtermitteln?

Ja, wir wollen, dass EU-Zahlungen künftig eine konsequente Orientierung an den Gemeinwohlzielen Umwelt-, Klima- und Naturschutz erhalten. Die Nutztierhaltung wollen wir so fördern und umstrukturieren, dass tiergerechte Haltung und die gesellschaftliche Akzeptanz wiederhergestellt werden. Die Artenvielfalt der landwirtschaftlichen Nutzflächen wollen wir durch die Förderung zielorientierter Bewirtschaftung erhalten bzw. wiederherstellen. Ebenso sollten die kleinstrukturierte, vielfältige Landwirtschaft gefördert und unterstützt und regionale Wertschöpfungsketten erhalten und aufgebaut werden. Der Import von Futtermitteln muss reduziert werden.

Werden Sie sich für die Reduktion von Milch- und Fleischexport in Länder des globalen Südens einsetzen?

Die direkt oder indirekt subventionierten Exporte von Lebensmitteln wie Milch- oder Fleischprodukte in den globalen Süden führen zu einer massiven Schwächung der dortigen Landwirtschaft, zu einer Schwächung der Volkswirtschaften, erzeugen Armut und stellen somit eine der wichtigsten Fluchtursachen dar. Exportiertes Milchpulver ist in Afrika billiger als dort produzierte Frischmilch und zerstört die dortige Milchviehhaltung. Exportiertes tiefgefrorenes Hühnerfleisch ist billiger als in Ghana produziertes Hühnerfleisch und vernichtet die dortige Hühnerhaltung. Aber das gilt nicht nur für Milchprodukte oder Fleisch: Exportier-



tes Tomatenmark aus Italien lässt in Westafrika die Tomatenbauern zugrunde gehen. Die Liste ließe sich fortführen.

In Kombination mit Landgrabbing werden der Bevölkerung des Südens somit die Möglichkeit der Selbstversorgung, die Verdienstmöglichkeit und damit die Lebensgrundlage entzogen. Auch Futtermittelexporte spielen hier eine große Rolle.

Statt auf immer mehr Überproduktion (die auch bei uns zu ökologischen und sozialen Problemen führt) und billige Exporte zu setzen, braucht es eine Veränderung der Handelspolitik mit dem globalen Süden, die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe des Südens, eine Beendigung der Überproduktion landwirtschaftlicher Produkte in den Industrieländern und damit verbunden eine grundlegende Neuausrichtung in der Landwirtschaftspolitik sowie eine strikte Ablehnung der so genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, EPAs) in ihrer derzeitigen Form, die die Märkte in den ärmeren Ländern liberalisieren sollen und somit für noch mehr Export dorthin sorgen.

Dafür und insbesondere für einen fairen Welthandel stehen wir Grünen seit vielen Jahren.

**Befürworten Sie eine Abkehr von der Exportorientierung der bayerischen Wirtschaft?**

Wenn bayerisches Wissen, bayerische Fertigkeiten und in Bayern hergestellte Produkte der Umwelttechnik, also z.B. zur Energieeinsparung, zur effizienten Energienutzung und zur Nutzung regenerativer Energien, zur Wasserreinhaltung und -wiederaufbereitung in großem Stile in anderen Ländern zum Einsatz kommen, dann ist das gut so. Das riesige Exportvolumen von in Bayern hergestellten Waffen begrüßen wir nicht, ganz im Gegenteil. In toto wäre es meiner Ansicht nach kein Schaden, etwas von der Exportlastigkeit, die ja schon längst zu einer Abhängigkeit geworden ist, wegzukommen.

### **Daseinsfürsorge**

**Wie bewerten Sie die Trinkwassersituation in Bayern, insbesondere im Landkreis FFB?**

Anders als in weiten Teilen Deutschlands, aber auch in Teilen Bayerns, ist die „Trinkwassersituation“ in Südbayern, so auch bei uns im Landkreis Fürstfeldbruck, noch relativ gut. So konnten z.B. in den letzten Jahrzehnten manche Tiefbrunnen außer Betrieb gesetzt und damit als Reserve gehalten werden.

Grundsätzlich gilt aber: Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Deshalb hat der Schutz unseres Grundwassers und der Oberflächengewässer höchste Priorität. Wir müssen heute dafür sorgen, dass unser Wasser auch in Zukunft gut ist – möglichst frei von Schadstoffen wie Mikroplastik, Medikamenten, Nitrat, Glyphosat und frei von multiresistenten Keimen. Dafür muss vor allem in der Landwirtschaft gehandelt werden. Wir setzen uns z.B. für verbindliche Regeln zum Freihalten von Gewässerrandstreifen und für das Zurückfahren des Stickstoffein-

trags in unsere Böden ein. Das Problem zu hoher Nitratwerte im Wasser wollen wir mit konsequenter Kontrolle der Düngepraxis und dem Ziel der flächengebundenen Tierhaltung angehen. Zugleich müssen flächendeckend Maßnahmen zum Erosionsschutz ergriffen werden.

Wie werden Sie auf Landesebene die Kommunen bei ihrer originären Aufgabe der Daseinsfürsorge unterstützen?

Immer wieder gibt es Vorstöße auf europäischer Ebene, Bundesebene und manches Mal auch Landesebene zur Liberalisierung und/oder Privatisierung von Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge. Hier gilt es entschlossen gegenzuhalten, was wir in den letzten Jahrzehnten auch durchgehend so gemacht haben.

Kommunen vor Ort wissen am besten, was für ihre Bürgerinnen und Bürger richtig und wichtig ist. Deshalb wollen wir GRÜNE die Eigenständigkeit der bayerischen Kommunen stärken. Kommunen brauchen mehr Raum für eigene Entscheidungen und weniger Hineinregieren durch die Staatsregierung.

Viele bayerische Städte und Gemeinden haben einen hohen Investitionsbedarf und müssen gleichzeitig hohe soziale Leistungen finanzieren. Wasser- und Abwassersysteme und Straßen müssen instandgehalten, Schulgebäude und Schwimmbäder saniert, und lebendige Ortszentren entwickelt, der öffentliche Personennahverkehr muss ausgebaut werden. Die unübersichtliche Vielzahl staatlicher Förderprogramme wollen wir deutlich verringern und dafür den Anteil der Kommunen am kommunalen Steuerverbund auf 15 Prozent erhöhen.

Wir werden Kommunen, die es besonders schwer haben, strukturell stärker fördern. Denn auch hochverschuldete Kommunen müssen trotz Haushaltskonsolidierung über einen ausreichenden Investitionsspielraum verfügen. Dafür werden wir den kommunalen Finanzausgleich so umgestalten, dass dies künftig gelingt.

Es gibt viele Voraussetzungen für eine ausgewogene Regionalentwicklung. Eine davon sind regional verankerte Banken, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Wir wollen unsere bürgernahen Sparkassen und regionalen Genossenschaftsbanken erhalten und unterstützen. Denn wir brauchen eine ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen in der gesamten Fläche Bayerns.

## **Verkehr**

Wie kann Ihrer Meinung nach eine nachhaltige Verkehrswende eingeleitet werden und was werden Sie dafür unternehmen?

Eine nachhaltige Verkehrswende ist unabdingbar. Unter dem hohen Verkehrsaufkommen leiden alle Beteiligten und die Auswirkungen auf Natur und Umwelt sind enorm. Wir brauchen einen stark verbesserten Öffentlichen Personennahverkehr, müssen Radfahrer und

Fußgänger besser schützen, das Radfahren insgesamt attraktiver machen, sauberere Technologien vorantreiben und stimmige Konzepte erarbeiten und umsetzen.

Beispielsweise setzen wir uns für den Einsatz alternativer Antriebe in kommunalen Fuhrparks und ÖPNV ein. Der Öffentliche Nahverkehr muss noch attraktiver werden, dies kann nur mit kluger Preisgestaltung, gutem Service und lückenfreiem System funktionieren. Deswegen müssen wir in den Ausbau des ÖPNV massiv investieren und so den Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn noch mehr Leuten ermöglichen.

Einzelne Carsharing-Systeme müssen zusammengeführt und mit anderen Angeboten, wie Rad-Verleihsystemen, Bahn und Bus kombiniert werden. Aus unserer Sicht sind Lastenfahräder eine gute Alternative und das Rad immer noch das sauberste Verkehrsmittel. Deshalb muss der Rad- und Fußverkehr Vorrang haben.

Für den Landkreis Fürstfeldbruck werde ich mich auch in Zukunft für den viergleisigen Ausbau der S4-West, ein gerechtes und sozialverträgliches MVV-Tarifsystem sowie den Ausbau des Radwegenetzes einsetzen.

**Wie bewerten Sie die Straßenplanungen, festgelegt im Bundesverkehrswegeplan?**

Der Bundesverkehrswegeplan hat die gleichen Schiefstellen wie auch das Staatsstraßenbauprogramm Bayern. Es werden insgesamt viel zu viele, leider auch viele aus umweltpolitischer Warte unverantwortbare, Projekte gemeldet und aufgenommen.

Beispiel aus dem Bundesverkehrswegeplan: Der Ausbau der Bundesstraße 2 (B 2) von Augsburg kommend wird mehr KFZ-Verkehr auch in unseren Landkreis tragen, neue Engpässe werden so geschaffen.

Beispiel aus dem Staatsstraßenbauplan: die Südwestumfahrung (SWU) Olchings mit der Staatsstraße 2069 (St 2069). Das Anliegen der Anwohner der Fürstfeldbrucker und der Roggensteiner Straße in Olching nach weniger Autoverkehr vor ihrer Haustür ist verständlich und berechtigt. Hier allerdings die SWU als zielführende Lösung zu propagieren, ist nichts anderes, als den Teufel mit dem Beelzebub austreiben zu wollen. Denn die Realisierung der SWU würde nicht nur massive Umweltzerstörungen verursachen (u.a. Gefährdung streng geschützter Arten, Durchschneiden eines Erholungsraumes und Regionalen Grünzugs, Flächenverbrauch und Bodenversiegelung sowie Lärmeintrag. Selbst in den Projektunterlagen des Staatlichen Bauamtes ist nachzulesen: „sehr hohe Beeinträchtigung durch Zerschneidung, Überbauung und Vermischung von Biotopstrukturen; Beeinträchtigung des Landschaftsbildes; Vermischung von Freiflächen.“), die Überschwemmungsgefahr steigern und Millionen Euros an Steuergeldern verschlingen (obwohl eine Staatsstraße darf die Stadt Olching hier mitzahlen!), sondern hätte auch deutlich mehr Verkehrsbelastung als Entlastung zur Folge, und dieses auch für und in Olching!

Ganz grundsätzlich: Deutlich wichtiger als Straßenneu- und -ausbau, sind Unterhalt und Sanierung (hier z.B. nicht nur der von Straßenbrücken, sondern auch von Eisenbahnbrücken!). An Straßen-Neubauprojekten wird zu viel geplant, vor allem werden viel zu viele verspro-

chen. Die Versprechungen können dann nicht eingehalten werden, aber auch das, was dann tatsächlich realisiert wird, ist oft deutlich überdimensioniert. Für die Verkehrsinfrastruktur wären dringend eine Bestandsaufnahme, ein Kassensturz und dann eine vernünftige und ehrliche Prioritätensetzung angesagt. Ebenso wichtig ist eine ehrliche Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

## Schlussfragen

Welche Koalition kommt für Sie ggf. in Frage?

Am liebsten wäre mir eine „bunte Koalition“ ohne die CSU. Die CSU hat es schon lange verdient, mal eine Auszeit nehmen zu dürfen. Aber für eine solche „bunte Koalition“ wird es noch nicht ganz reichen. Ganz grundsätzlich ist es an der Zeit für einen Wandel in Bayern. Wir GRÜNE sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. „Ausschließeritis“ sollte es bei den demokratischen Parteien nicht geben. Allerdings halte ich es für fraglich, ob und wie CSU und wir GRÜNE zusammenfinden. In den Themenfelder Umwelt- und Klimaschutz, vor allem aber auch in der Innenpolitik, also z.B. bei Freiheits- und Menschenrechten trennen uns Welten. Klar ist, es geht um Inhalte und Ziele und da muss man dann schauen, ob ein gemeinsamer Nenner zu finden ist.

Nachfolgend nochmals zehn Punkte, die für uns u.a. Maßstab für eine eventuelle Regierungsbeteiligung sein werden: Wir wollen die Zukunft unseres wunderbaren Landes mitgestalten und zeigen mit den folgenden 10 Punkten, wofür wir Grüne in Bayern Verantwortung übernehmen wollen. Wer mit uns koalieren will, muss ebenso bereit sein, bei diesen Vorhaben in den nächsten fünf Jahren entschieden mit voranzugehen. Wir Grüne verteidigen unsere Demokratie und den Rechtsstaat, entwickeln Europa weiter und stehen für Herz statt Hetze. Außerdem wollen wir für Bayern:

### 1. Die Vielfalt unserer Arten sichern:

Wir halbieren die eingesetzten Ackergifte bis 2030, erhöhen die Zahl geschützter Flächen und schaffen einen dritten Nationalpark in Bayern. Für eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt.

### 2. Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben:

Wir wollen, dass Frauen dasselbe verdienen wie Männer. Alleinerziehende werden gestärkt und wir sorgen für bessere und flexible Kinderbetreuung. Damit Frauen die gleichen Rechte und Chancen bekommen wie Männer.

### 3. Betonflut eindämmen:

Wir führen eine Höchstgrenze für den Verbrauch von natürlichen Flächen ein. Damit Bayern Heimat bleibt und nicht weiter zubetoniert oder zersiedelt wird. So bleiben auch die Ortskerne lebendig.

### 4. Soziale Sicherheit stärken und Wertschätzung geben:

Wir stellen fünf Milliarden Euro für 50.000 neue Sozialwohnungen bereit, damit es für deutlich mehr Menschen bezahlbare Wohnungen gibt. Wir verbessern die Ausbildung und die Arbeitsbedingungen in der Pflege und in anderen sozialen Berufen.

#### 5. Bayerns Zukunft ist ein starkes Europa:

Wir beenden die bayerischen Kontrollen an der Grenze zu Österreich. Weil offene Binnengrenzen zu einem gemeinsamen, freiheitlichen und demokratischen Europa dazugehören. Weil die bayerische Wirtschaft und unsere vielfältige, bunte Gesellschaft vom Austausch leben.

#### 6. Frei und sicher in Bayern leben:

Wir stehen für eine Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt, aber mit Augenmaß darauf reagiert und zugleich die Bürgerrechte schützt. Wir ändern das verfassungswidrige Polizeiaufgabengesetz und sorgen dafür, dass unsere bürger\*innennahe Polizei endlich gut ausgestattet ist.

#### 7. Beim Klimaschutz müssen endlich Taten folgen:

Unser Ziel ist, dass Bayern 2030 zu 100 Prozent sauberen Strom bezieht. Wir beseitigen die Blockade in der Windenergie (10H), bauen Stromspeicher aus und bringen ein umfassendes Klimaschutzgesetz für Bayern auf den Weg.

#### 8. Bildung ist der Schlüssel zum Leben:

Mit uns gibt es ausreichend Lehrer\*innen und zusätzliche pädagogische Fachkräfte. Zudem ermöglichen wir die Öffnung der Schulen hin zu längerem gemeinsamen Lernen und sorgen für moderne Schulgebäude, die zu den Herausforderungen von Ganztage, Digitalisierung und Inklusion passen.

#### 9. Integration zum Erfolg führen:

Wir sorgen dafür, dass Geflüchtete endlich von Beginn an Sprachkurse besuchen und arbeiten können. Geflüchteten mit einem Ausbildungsplatz geben wir einen sicheren Status. Damit bekommen auch unsere Unternehmen Planungssicherheit (3+2-Regel). Abschiebungen nach Afghanistan sowie Sammellager für Geflüchtete lehnen wir ab.

#### 10. Mobil sein in Bayern:

Wir führen die Mobilitätsgarantie in Stadt und Land ein, sodass es in jedem Ort werktags von 5 – 24 Uhr stündlich mindestens eine Bus-, Bahn- oder Ruftaxiverbindung gibt. Kinder, Jugendliche, Auszubildende und Studierende fahren kostenlos. Fahrradfahren machen wir attraktiv und sicher.

**Kommt für Sie eine Zusammenarbeit in Sachfragen mit der AfD in Frage?**

„Zusammenarbeit in Sachfragen“, das heißt nach meinem Verständnis wirklich zusammenzuarbeiten: das kommt für mich nicht infrage. In der und durch die AfD werden Unsicherheit

und Ängste geschürt, es wird gehetzt und gespalten. Viele aus der AfD haben keine Scheu, gemeinsam mit Leuten von Pegida und der Identitären Bewegung aufzutreten. Die AfD kämpft gegen unsere Demokratie und gegen unseren Rechtsstaat, gegen unsere Freiheitsrechte. Und Menschenrechte zählen für die feinen Herren und Damen schon gar nicht.

Für Rückfragen:

BUND Naturschutz in Bayern e.V., Kreisgruppe Fürstfeldbruck, Im Brunnenhof 14, 82256 Fürstfeldbruck

Eugenie Scherb, Kreisvorsitzende, E-Mail: [eugenie.scherb@gmx.de](mailto:eugenie.scherb@gmx.de)